

AL' Info ⁵ / 19

- 2 Warum die Slogans aus der Gründungszeit der AL Zürich immer noch aktuell sind.
- 3 Glasklare Forderungen von AL-Kantonsrätin Anna Naeff, die in Schaffhausen für den Nationalrat kandidiert.
- 5 Wie eine alternativlinke Fraktion im Nationalrat zustande kommen kann.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Keine Frage – AL-Liste 25!



Unruhe bewahren – mit Patriarchat abfahren.

Alle Zeichen deuten darauf hin, dass den feministischen, progressiven, sozialen und ökologischen Kräften schweizweit in diesem Herbst der Umschwung im Bundesparlament gelingt, hin zu neuen Mehrheiten, die sich den Herausforderungen der kommenden Jahre stellen können – für mehr soziale Gerechtigkeit und ohne dass egalitäre und grüne Anliegen auf der Strecke bleiben.

Während die rechtsbürgerlichen Parteien im Kanton Zürich auch dieses Jahr getrennt marschieren, hat sich auf der linken Seite ein grosser und starker Zusammenschluss für die Listenverbindung gefunden: SP, Grüne, die AL in einer Unterlistenverbindung zusammen mit der PdA als Linke Alternative, die Piratenpartei und die Guten.

Für all jene, die sich – wenn es um Wahlen auf nationaler Ebene geht – nicht

trauen, einer kleinen Linkspartei wie der AL ihre Stimme zu geben: Sie dürfen im Oktober getrost dem alternativen radikal-pragmatischen Herz folgen und die nagende Stimme der Vernunft ignorieren, die sonst immer die Wahl des kleineren Übels gebietet. Denn in diesem Jahr geht dank dem grossen linksgrünen Verbund keine alternative, linke oder grüne Stimme verloren. Im Klartext heisst das also: Es gibt diesmal keinen einzigen guten Grund, die AL-Liste 25 nicht einzuwerfen!

Selbstredend ist die AL wahlkampf-bereit und so gut aufgestellt wie noch nie: Unsere Spitzenkandidatinnen haben allesamt etwas auf dem Kasten und sind – wie man so schön sagt – «parat». Das Programm «verhebt» auch für Bern. Es ist nicht nur basisdemokratisch entstanden (siehe Seite 8), sondern lebender Beweis

dafür, dass sich die AL seit ihrer Entstehung vor genau 30 Jahren treu geblieben ist. Man lese hierzu unsere kleine Geburtstagsreminiszenz auf Seite 2.

Ausserdem – und das zu wissen, lässt das Herz erst richtig höherschlagen: Unsere zukünftige Nationalrätin wird voraussichtlich keine einsame Ruferin in der Wüste sein. Die Chancen, dass die AL-Vertreterin mit Gleichgesinnten aus anderen Landesteilen in einer gemeinsamen Fraktion politisieren kann, sind durchaus intakt. Wer das nicht recht glauben mag, dem/der sei die fast prozentgenaue Einschätzung auf Seite 4 empfohlen.

Freuen wir uns also auf die heisse Phase des Wahlkampfes und lassen der Hoffnung freien Lauf, dass es in diesem Herbst gut kommt!

Andrea Leitner

Parolen

Nationalratswahl vom 20. Oktober

Linke Alternative, AL –
Alternative Liste Liste 25

Ständeratswahl vom 20. Oktober

Marionna Schlatter (Grüne)

Termine

20. und 22. September: Benefiz-Konzert für die «Sans-Papiers Anlaufstelle Zürich (SPAZ)». Der Chor «Die Vogelfreien» im Pfarreizentrum Liebfrauen, Weinbergstrasse 36, 8006 Zürich, Fr. 20.9., 19:30 Uhr und So 22.9.2019, 18:00 Uhr. Ein weiteres Konzert am Di., 26.11.2019, 20:00 Uhr im Kulturzentrum Alte Kaserne, Technikumstrasse 8, Winterthur.

Samstag, 21. September Kinderrechtsdemo. Helvetiaplatz, 13:30 Uhr.

Dienstag, 24. September: Vollversammlung der AL Zürich. Gemeinschaftsraum Hellmi, 19:00 Uhr

Donnerstag, 26. September: Auf ein Glas mit den AL-NR-Kandidatinnen. Cinecittà, Köchlistrasse 35, 18:00 Uhr

Donnerstag, 26. September: 33 % – Wie lange müssen wir uns gedulden? Debatte zur Wohnpolitik mit Niggi Scherr. Haus Bellerive, Höschgasse 3, 19:00 Uhr

Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstr. 21,
8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Marco Toscano, Nadim Chammas, Molkenstr. 21,
8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2000 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich

Layout Marco Toscano,
Nadim Chammas

Redaktion Niklaus Scherr, Alan Chen,
Andrea Leitner, Dayana Mordasini,
Elvira Wieggers, Marco Toscano,
Nadim Chammas, Rosa Maino

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10.- ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

AL Zürich wird 30



Die Gründung der AL Zürich reicht in die Endphase des Kalten Kriegs zurück. Als informelles Geburtsdatum – die AL war bis 2007 ein loser basisdemokratischer Verbund ohne eigene Rechtspersönlichkeit – kann die Diskussionswoche von «Züri 1990» vom 23. bis 30. September 1989 in Oberrickenbach gelten. Ein Politpolizist und Sachbearbeiter der Fachgruppe «Terror-Abwehr» im Stadtzürcher KK III war vor Ort dabei und rapportierte:
«Nach Rücksprache mit Lt. A.A. des Polizeikommandos Nidwalden wurde auf Grund der in verschiedenen Zeitungsartikeln erwähnten Thematik der Aufmarsch der Teilnehmer [...] in der Zeit von 08.45–16.30 Uhr, in Zusammenarbeit mit Fw B.B. KAPO Zürich, observiert. Gemäss eigenen Feststellungen erschienen max. 30 Teilnehmer.»

Bunter Haufen aus Kultur und Politik

«Züri 1990» war ein buntes Konglomerat. Hier trafen Politaktivist*innen aus bisher konkurrierenden Gruppierungen wie POCH, PdA und SAP auf Leute aus der alternativen Musik- und Film-Szene: Mitglieder des Disco-Syndikats, Vera KAA, RAMS, Markus Punky Kenner, Koni Frei, Samir etc. Im März 1990 trat die Gruppierung zu den Zürcher Gemeinderatswahlen an, jetzt mit dem Zusatz «Alternative Liste», weil einige «Züri 1990» doch etwas zu beliebig fanden. Die «Alternative Liste Züri 90», die im Kreis 3 als «Quartierliste 3» und im Kreis 5 als «Stärnefoifi» antrat, eroberte auf Anhieb vier Sitze: gewählt wurden die Bisherigen Niggi Scherr und Doris Vetsch (beide ex-

POCH), Christine Weibel (ex-SAP) und der Quartieraktivist Hannes Lindenmeyer.

«Vielfalt ist unser Reichtum»

Die Slogans von damals passen auch heute noch: «Wir sind auch ohne Banken schön», «Wir bewegen uns auch ohne Auto» und – auf die Fichen-Affäre gemünzt – «Unsere Daten sind nicht zu fassen» mit einem Samir-Porträt mit Käppi und Mafia-Brille. Im Leitartikel der Wahlzeitung hiess es: «Wir träumen. Nicht von der dörflichen Idylle am Bach, nicht vom heilen Gestern. Wir träumen von der Stadt. Von unserer Stadt. Von Züri 1990. Unsere Stadt ist offen: Zurigo – città aperta. Hier wird in vielen Sprachen, Dialekten, Hautfarben geliebt und gehasst, gefeiert und gearbeitet, gelitten und gestritten. In unserer Stadt ist kein Raum für Angst vor dem Fremden. Ihre Vielfalt ist unser Reichtum.

Unsere Stadt redet mit vielen Stimmen. Noch ungebrochen die der Kinder, denen sie in Zukunft gehören wird. Kräftiger werdend die der Frauen. Die der Mieter, denen Wohnen not tut. Zu leise die der Ausgestossenen vom Platzspitz, der Fremden, der Alten und Armen.

Wir träumen. Von Entfaltung statt Verwaltung. Von kinder- statt autogerechten Strassen. Von öffentlichen Räumen statt privaten Fernsehstuben. Vom Neuen Wohnen, das wieder enger mit dem Arbeiten zusammenrückt. Vom Tempo Mensch statt Tempo 100. Von weniger Polizei- und mehr Klavierstunden.»

Niggi Scherr

Arbeit und Frieden

Schaffhausen stellt zwei Sitze im Nationalrat, die jetzt von SP und SVP besetzt sind. Du kandidierst mit Thomas Leuzinger für die AL. Ihr vertretet die junge Generation, die in den Schaffhauser Parlamenten und in der nationalen Politik unterrepräsentiert ist. Welche Themen willst Du im Wahlkampf einbringen?
 Ich fordere ein sofortiges Verbot für Herstellung von und Handel mit Kriegsmaterial in der Schweiz. Es ist scheinheilig, von humanitärer Tradition und Neutralität zu sprechen, während wir weltweit den Tod exportieren. Wir unterstützen damit die Kriege der Mächtigen, töten Menschen und zerstören ihre Lebensgrundlagen. Da die Exporte von Kriegsmaterial und besonderen militärischen Gütern weniger als 0,1 Prozent der Schweizer Wertschöpfung ausmachen, ist ein Exportverbot wirtschaftlich unproblematisch. Neben dem Handel soll auch die Herstellung von Kriegsmaterial verboten werden – Güter, die produziert werden, um Menschen zu töten, haben null Daseinsberechtigung. Die betroffenen Arbeitsplätze können problemlos in zivile Wirtschaftszweige überführt werden. Es ist Zeit, unseren Beitrag zu leisten gegen die weltweite Kriegstreiberei.

Meine zweite zentrale Wahlkampf-Forderung ist die 4-Tage-Woche: die heutigen 80 Prozent werden zum Vollzeitpensum und dies ohne Lohneinbusse. Die Arbeitszeitverkürzung kommt allen zugute, solange verhindert wird, dass sie durch eine zusätzliche Verdichtung der Arbeit kompensiert wird.

Du hast Dein Amt im Vorstand niedergelegt, um mehr Zeit für den Wahlkampf einsetzen zu können. Macht er Dir Spass?

Sich mit Inhalten auseinanderzusetzen und dafür eine Kampagne zu führen, fand ich schon immer viel interessanter als irgendwelche Admin-Arbeiten – das geht wohl vielen politisch aktiven Menschen so. Ich bin darum tatsächlich sehr glücklich, dass ich das Co-Präsidium abgegeben habe und mich meinem Wahlkampf widmen kann.

Auf Eure Kampagnenfotos mit Hammer und Sichel hat die regionale Presse stark reagiert. Wie kommt die Kampagne der AL bis jetzt an? Wie ist das politische Klima im Kanton?

Die Bevölkerung legt zu unserem Leidwesen ein ziemlich paradoxes Verhalten an den Tag. Die AL hatte vor



Anna Naeff und Thomas Leuzinger kandidieren in Schaffhausen für den Nationalrat.

den letzten Gesamterneuerungswahlen praktisch alle Abstimmungen gewonnen. Die gleiche Bevölkerung, die uns zu diesen Erfolgen verholfen hatte, wählte dann aber doch wieder eher rechts, so dass wir einen Sitz im Kantonsrat verloren. Ähnlich widersprüchlich sind nun auch die Reaktionen auf die – nie als offizielles Plakat gedachten – Hammer- und Sichel-Fotos. Vor einigen Wochen hat man einen Platz nach dem Kommunisten Walther Bringolf benannt, doch unsere Bilder wurden heftig kritisiert. Vor allem von den Medien, links wie rechts, und von einzelnen Personen aus der SP.

Wenn Du die Wahl gewinnst, wem gibst Du den Badge fürs Bundeshaus?

Einer Organisation, die sich gegen Gewalt an FLINT* Personen, oder auch an allen Menschen, engagiert und den Betroffenen Unterkunft und Unterstützung bietet. Zum Beispiel jemandem von der Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz.

Ich wünsche der AL, dass sie den Sitz in Schaffhausen holt. Was tust Du, wenn's diesmal nicht klappt?

Wenn ich den Sprung in die nationale Politik nicht über den Nationalrat schaffe, dann werde ich mich dort anderweitig engagieren. Ich würde gerne bei nationalen Initiativen, Referenden und Abstimmungskämpfen mitarbeiten. In naher Zukunft denke ich da an das Referendum zur Zivildienstrevision, wo mich ein Engagement reizen würde.

**Die Fragen stellte
Nadim Chammas**

AL-Buchtipps



**Niggi Scherr empfiehlt:
Erik Olin Wright, Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert: Was es bedeutet, demokratischer Sozialist zu sein**

VSA-Verlag, 2019.

ISBN 978-3-96488-006-2

«System Change» ist heute in aller Munde. Der Anfang Jahr verstorbene US-Soziologe gibt dem «Systemwandel» ein konkretes Gesicht. Auf knappen 128 leicht lesbaren Seiten analysiert er die verschiedenen Gesichter des Antikapitalismus: die Strategeme der Zerschlagung, Demontage oder Zähmung des Kapitalismus sowie Widerstand gegen oder Flucht aus dem Kapitalismus. Wright benennt die Akteur*innen der Transformation und zeigt mögliche konkrete Schritte hin zu der postulierten «Erosion des Kapitalismus» auf. Sein postum veröffentlichtes Vermächtnis ist getragen von der Überzeugung, dass eine andere Welt tatsächlich möglich ist und dass es Strategien gibt, im Kapitalismus vorhandene Möglichkeiten zu nutzen, um diesen erfolgreich zu überwinden.



Helena Rust und Marco Toscano empfehlen: Bini Adamczak, Beziehungswise Revolution. 1917, 1968 und kommende. Suhrkamp Verlag 2017. ISBN

978-3-518-12721-6.

Wer die Geschlechtlichkeit allen revolutionären Begehrens ignoriert, ist dazu verdammt, sie repressiv zu wiederholen: als «Brüderlichkeit» in der bürgerlichen, als «Dragking» in der russischen, als privatisierte «Identität» in der Revolution von 68. Adamczaks Sprache aktiviert die Alltäglichkeit der Utopie. Sie kann nicht referiert, sondern will weitergesprochen werden. «Der Reichtum des Geschlechts lässt sich als ein Reichtum an Möglichkeiten – von Denk-, Erlebnis-, Arbeits-, kurz: von Existenzweisen – verstehen. (...) Es müssen Wahlen getroffen werden, weil vieles, wenn nicht das Allermeiste, das in der historischen Form des Geschlechts an kulturellem Reichtum akkumuliert wurde, im emphatischen Sinne ungeniessbar ist und nur schwer von den Spuren der Gewalt seiner Hervorbringung getrennt werden kann.»

Eine alternativ-linke Fraktion in Bern ist möglich

Wenn es die AL schafft, stehen die Chancen gut, dass die gewählte Zürcher Vertreterin in Bern nicht allein politisieren muss, sondern eine linksalternative Fraktion gebildet werden kann.

Die kantonalen Wahlen vom April 2019 im Tessin waren ein gutes Omen. Die beiden linken Listen Movimento per il Socialismo (MPS) und Partito Comunista (PC) konnten ihre Sitzzahl von 2 auf 5 steigern. Für die Nationalratswahlen treten Grüne, PC und das linke «Forum Alternativo» gemeinsam auf der Einheitsliste «Verdi e Sinistra alternativa» an, die mit der Tessiner PdA-Sektion POP in einer Unterlistenverbindung kandidiert. Prominentester Kandidat ist Franco Cavalli (Forum Alternativo). Bei den Frühjahrswahlen kamen Linke und Grüne auf 10.25%. Zusammen mit den 14.47% der SP reicht das für zwei Vollmandate, wobei der zweite Sitz an die alternativ-grüne Liste fällt, solange sie – was wahrscheinlich ist – halb so viele Stimmen macht wie die SP. Wird auf der Liste eine Vertreterin oder ein Vertreter der radikalen Linken gewählt, ist verbindlich vereinbart, dass sie oder er Hand bieten kann zur Bildung einer alternativ-linken Fraktion, wenn schweizweit die dafür nötigen fünf Sitze zusammenkommen.

Rückenwind in der Waadt

Dank des Bevölkerungswachstums erhalten Waadt und Genf 2019 je einen zusätzlichen Nationalratsstz. Damit steigen die Chancen auf einen Sitzgewinn für Ensemble à Gauche (EAG)/Solidarités und POP-PdA, die sich nach heftigem Hin und Her zu einer Unterlistenverbindung zusammengerauft haben, um ihre Stimmen zu bündeln. In der Waadt braucht es neu für ein Vollmandat 5% oder knapp 9'000 Wählerstimmen. In der für Linksaussen aussichtslosen Regierungsratsersatzwahl vom März 2019 kamen die getrennt antretenden Kandidat*innen von EAG und POP auf 7.38% und mobilisierten mit 10'726 doppelt so viele Wählende wie bei den Nationalratswahlen 2015.

ZH, NE, VD, GE, TI:

Ein 5erTicket ist möglich

Dank dem bisherigen Sitz der PdA in Neuenburg, dem tieferen Sitzquorum in Genf und der Waadt und dem elektoralen Vormarsch in der Waadt, Zürich und dem Tessin bestehen begründete Hoffnungen auf einen Wahlerfolg und eine alternativ-linke Fraktion bei den Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019. Die Basis für den Erfolg ist gelegt.

Niklaus Scherr

Die AL-Nationalrats



Manuela Schiller
Rechtsanwältin



Elvira Wieggers
Gewerkschafterin
VPOD



Markus Bischoff
Rechtsanwalt,
Kantonsrat



David Garcia Nuñez
Arzt, Gemeinderat



Walter Angst
Leiter Kommunikation,
Gemeinderat



Manuel Sahli
Informatiker,
Kantonsrat



Andreas Kirstein
Stv. Bibliotheksdi-
rektor, Gemeinderat



Tanja Maag Sturzen-
egger, Dozentin HF
Pflege



Daniel Solinas
Rangierarbeiter



Carolina Iglesias
Hebamme



Mark Divo
Künstler



Maja Hadian
Lehrmittelprodu-
zentin



Florian Schweizer
Pizzakurier



Hanna Jufer-
Hromadka
Mediengestalterin



Dayana Mordasini
Wiss. Mitarbeiterin



Lisa Letnansky
Theaterschaffende



Andrea Leitner
Berufsschullehrerin,
Gemeinderätin

skandidat*innen



Laura Huonker
Regisseurin,
Kantonsrätin



Rahel El-Maawi
Soziokulturelle
Animatorin



Katharina Gander
Geschäftsleiterin,
Gemeinderätin



Stefan Bolz
Informatiker,
Geograph



Ezgi Akyol, Studen-
tin, Gemeinderätin



Alan Chen
Primarlehrer



Evelyn Funkhouser
Dipl. Landwirtin Bio



Mahmut Sarici
Postbote



Meggie Ender
Sekundarlehrerin



Caspar Wellmann
Architekt



Nina Schneider, Leh-
rerin Geschichte/
DaZ



Peter Vetsch
Typograph, Grafi-
scher Gestalter



Natalie Eberle
Soz. Quartierentwick-
lerin, Gemeinderätin



David Winizki
Hausarzt



Christina Schiller
Studentin, Gemein-
derätin



David Berger, VR-
Präsident, Gemein-
derat



Niklaus Scherr
Journalist, Alt-
Gemeinderat



Richard Wolff
Stadtrat

Das sagen unsere Spitzen- Kandidatinnen

Mit den gleichen Argumenten wie heute gegen das Stimmrecht für Ausländer*innen haben Schweizer Männer jahrzehntlang den Frauen dieses Grundrecht vorenthalten. Demokratie heisst Stimm- und Wahlrecht für alle. Dafür setze ich mich ein.

Manuela Schiller

Wettbewerb und unzureichende Finanzierungssysteme haben das Gesundheitswesen in Schieflage gebracht: Die Krankenkassenprämien steigen unkontrolliert an und das Personal läuft davon. Deshalb braucht es dringend einen Systemwechsel.

Elvira Wieggers

Meine Ziele: Soziale Sicherheit, Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden. Darum: Kapitalgewinne, Big Data und Energieverschleiss besteuern, aus fossilen Energien und Atomkraft aussteigen, Waffenausfuhr verbieten.

Laura Huonker

Solange Menschen diskriminiert und ausgeschlossen werden, ist Gleichheit und damit echte Demokratie nicht gegeben. Deshalb fordere ich Teilhaberechte für alle und ein griffiges Anti-Diskriminierungsgesetz für BiPoC¹⁾ und LGBTIQA.²⁾

Rahel El-Maawi

Für ein gutes Leben brauchen wir bezahlbare Mieten, einen hohen Anteil an kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungen und durchmischte Quartiere. Dafür setze ich mich ein.

Katharina Gander

¹⁾ Schwarze Menschen, indigene Menschen sowie People of Color

²⁾ Lesben, Gay/Schwule, Bisexuelle, trans*, inter*, queere und asexuelle Menschen



West-Papua



Rund um die Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit Indonesiens kam es Mitte August in Surabaya zu rassistischen Übergriffen auf papuanische

StudentInnen. So nahm die Polizei unter fadenscheinigen Gründen 43 demonstrierende Papua fest. Ihre Misshandlung löste Proteste in Manokwari und anderen Städten West-Papuas aus.

Hätte ich nicht Freunde mit einem fidschianischen Hintergrund, ich hätte noch nie von diesem Konflikt gehört. Seit einem umstrittenen Referendum in den Sechzigerjahren ist West-Papua unter der Kontrolle Indonesiens (früher: Niederlande). Dieser Akt wurde mit Hilfe der afrikanischen, asiatischen sowie der Warschauer-Pakt-Staaten legalisiert, während ihn die westlichen Staaten mehrheitlich ignorierten. Sobald jedoch auch amerikanische, koreanische und australische Rohstoffunternehmen von lukrativen Aufträgen zu profitieren begannen, schwenkten die westlichen Mächte von Ignoranz zu Unterstützung um.

Die autochthone Bevölkerung blieb dabei auf der Strecke. Bis zu 100'000 Papua fielen dem Konflikt bisher zum Opfer, Vertreibung und Gewalt prägten in den letzten Jahrzehnten die Geschichte West-Papuas.

Versteckt und vergessen von der Welt wurden und werden die natürlichen Ressourcen ausgebeutet: Gold, Kupfer und der Regenwald, die wichtigste Ressource der Papua. Immerhin hat sich die Situation in letzter Zeit etwas gebessert. So fließt etwas vom Reichtum zurück an die Bevölkerung, wurden Schutzgebiete geschaffen und die Zensur gelockert. Wie nun aber die aktuellen Proteste zeigen, ist es noch ein langer Weg. Noch immer werden Menschen verhaftet, noch immer gibt es dubiose Abholzungs-Deals, ganz zu schweigen von den illegalen Rodungen. Was tun? Ich weiss es nicht. Vielleicht lässt sich folgende Lehre ziehen: Man sollte kritisch gegenüber angeblichen Verbündeten sein. Die Unterstützung Indonesiens in der West-Papua-Frage erfolgte damals aus antiimperialistischen Motiven. Entstanden ist dabei eine neue Kolonie.

David Berger

Die Klimajugend hat Recht

Ein Auszug der Rede von Richard Wolff an der diesjährigen 1. August-Feier in Oberengstringen.

Viele von uns sind privilegiert, weil sie in einem Land, in einer Zeit, einer Gesellschaft und Familie leben, die Gesundheit, Ausbildung und Sicherheit bieten. Und je länger ich lebe und darüber nachdenke, desto bewusster bin ich mir dieser Privilegien, und frage mich: Was machen wir mit diesem sicheren Leben, unserem privilegierten Status inmitten dieser Welt? Wie wollen wir diese Privilegien nützen? Was können wir besser machen? Wo müssen Probleme gelöst werden?

Wenn ich die Nachrichten, die sozialen Medien und die politischen Debatten verfolge, fallen mir drei Themen auf, die grosse Wellen werfen: die Klimaerwärmung, das Verhältnis der Schweiz zum Rest der Welt und der Frauenstreik bzw. die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Ich gehe auf das Thema Klima ein. Dass es in solch kurzer Zeit zum Megathema werden würde, war vor Kurzem noch undenkbar. Aber seit einem Jahr gehen unsere Jugendlichen und Kinder auf die Strasse und verlangen Massnahmen gegen die Erwärmung der Welt. Sie fragen zu Recht die Erwachsenen und geben die Antwort gleich selber: «Wämm sis Klima? Oises Klima! Wämm sini Zuekunft? Oisi Zuekunft!» Was wir gerade erleben, ist der Aufstand der Jungen gegen die drohende Auslöschung des Lebens auf der Erde, auf Englisch nennt sich das «Extinction Rebellion». Wie gehen wir damit um?

Wir müssen die Klimaerwärmung ernst nehmen. Wir müssen alles Menschenmögliche unternehmen. Und tatsächlich müssen wir uns auch mit dem vermeintlich Menschenunmöglichen auseinandersetzen, Massnahmen ins Auge fassen, von denen die meisten heute noch glauben, sie seien unmöglich. «Das geht nicht» darf kein Argument dafür sein, nichts zu tun. Denn so kapituliert man im Endeffekt. Und das ist fatal.

Deshalb haben unsere Kinder und all die anderen Protestierenden recht: Es muss sich etwas ändern. Es muss sich sogar sehr viel ändern. Lebte der Berner Liedermacher Mani Matter noch, würde er sagen: «Wänn mir nüt änderet, wird sich alles anderi e so ändere, dass mir nachane nüt me müend ändere.» Wir müssen also viel mehr ändern als bisher. Dafür braucht's neue Grundlagen und sicher auch neue Gesetze und Verordnungen. Was es hingegen nicht braucht, ist eine neue Verfassung.

Die Bundesverfassung der Schweiz

stammt ursprünglich aus dem Jahre 1848 und ist seit damals immer wieder erneuert und ergänzt worden. Was steht in der Bundesverfassung? Ganz am Anfang findet sich die sogenannte «Präambel», die aus einem einzigen Abschnitt besteht. Darin wird erklärt, weshalb sich die Schweiz eine Bundesverfassung gibt, nämlich weil wir «Verantwortung gegenüber der Schöpfung» und «Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen» tragen wollen. Damit ist eigentlich schon gesagt, dass wir der Umwelt – und dem Klima – Sorge tragen wollen und müssen. Und gleich unterhalb steht in Artikel 2: «Sie (die Schweizerische Eidgenossenschaft) fördert (...) die nachhaltige Entwicklung (...)» und in Artikel 4: «Sie (die Schweizerische Eidgenossenschaft) setzt sich ein für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen».

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns nicht nur in nächster Zeit, sondern eigentlich ab sofort mit dem Klimathema auseinandersetzen müssen, damit wir – und vor allem unsere Kinder und Nachkommen – auch in Zukunft noch eine lebenswerte Welt zur Verfügung haben.

Die Voraussetzungen für Veränderungen sind einerseits schlecht und andererseits gut. Schlecht sind sie, weil wir uns noch immer auf dem schlechten Weg befinden. Gut sind sie, weil das Problem erkannt ist und ernst genommen wird. Ausserdem haben wir das Knowhow, die finanziellen Ressourcen und den Willen und politischen Druck, um vorwärts zu machen.

Und wir haben eine Bundesverfassung, die uns den Auftrag zu handeln gibt.

Richard Wolff, Stadtrat



Richard Wolff spricht in Oberengstringen.

Linksrutsch im Kantonsrat



Es hat viele neue Gesichter im Ratsaal und in den Kommissionen, darunter erfreulich viele Frauen. Von den 38 Neugewählten sind 28 Frauen – mit Zahlen von der Frauenzentrale

zurück ausgedrückt: Von knapp 42% Kandidatinnen wurden 41.7% gewählt.

Der Kantonsrat ist nicht nur weiblicher, sondern auch jünger und diverser geworden (es gibt eine 6-köpfige Juso-Fraktion!), auch die Krawatten sitzen lockerer. Die neue Sitzverteilung sieht folgendermassen aus: AL 6, CVP 8, EDU 4, EVP 8, FDP 29, glp 23, Grüne 22, SP 35, SVP 45. Die BDP-Fraktion ist ausgeschieden.

Politisch weht ein anderer Wind, spürbar vorerst in Sachen Umweltschutz: Der Klima-Notstand wurde kurz nach den Wahlen ausgerufen. An der ersten Sitzung nach der Sommerpause wurde das Postulat für Autostopp-Haltestellen von AL-Kantonsrat Manuel Sahli mit 90:79 Stimmen an den Regierungsrat

überwiesen. Beides wäre noch vor wenigen Monaten undenkbar gewesen.

Das Parlament ist heute «blockfrei». Durch die neue Konstellation ergeben sich Spielräume. Ob sich auch Mehrheiten für soziale Anliegen oder finanzpolitische Vorlagen finden, wird sich spätestens bei den Budgetdebatten zum Jahresende zeigen.

In ökologischen Fragen ist die Linke mit der glp mehrheitsfähig geworden. Bei anderen Themen sind je nachdem vielfältige Koalitionen denkbar. Es können unterschiedliche Allianzen mit Mitteparteien und Kleinfractionen geschmiedet werden, beispielsweise bei Grundrechtsfragen.

Das Zünglein an der Waage wird vermehrt auch die 6-köpfige AL-Fraktion sein, sie ist nicht nur Mehrheitenbeschafferin. Wo es in der vergangenen Legislatur Montag für Montag reine Abwehrkräfte zu mobilisieren galt, geht es jetzt darum, als kleine Fraktion nicht unterzugehen, sondern weiterhin pragmatisch linke Politik mit eigenen Akzenten zu machen.

Laura Huonker, AL-Kantonsrätin

Klimarettung im Gemeinderat?



Klimademonstrationen und Frauenstreik haben Forderungen auf die politische Agenda gesetzt, die Bestandteil des politischen Selbstverständnisses der AL sind.

Trotzdem ist es für unsere Fraktion eine Herausforderung, den zahlreichen Vorstössen im Rat politisch klug zu begegnen.

Was genau soll der Beitrag der Stadt an die Verlangsamung des Klimawandels oder zumindest die Eindämmung seiner Folgen sein? Sollen wir alles unterschreiben, wo «Klimarettung» draufsteht? Oder sollen wir auch beim Thema Klima auf unserem «radikal-pragmatischen» Grundsatz beharren und nur Vorstösse unterstützen, die uns wirksam erscheinen? Wir haben uns für Letzteres entschieden: Wirksamkeit erkennen wir dort, wo Forderungen entweder pragmatisch umsetzbar sind oder radikal in eine utopische Richtung weisen wie bei Züri Autofrei

oder der Ergänzung der Gemeindeordnung mit einer Netto Null CO₂-Forderung bis 2030. Pragmatisch gut umsetzbar sind Vorstösse im Verkehrsbereich oder bei den eigenen städtischen Betrieben. So fordern wir in einer breiten Koalition ein Pilotprojekt zur Abscheidung von CO₂ aus den Abgasen des KHK Hagenholz. Bei einigen der aktuellen Klimavorstösse weisen wir auf Nebenwirkungen hin: Von Mitnahmeeffekten der Immobilienbranche bei Förderbeiträgen bis zu Mietzinsüberwälzungen von Energiesanierungen tut sich ein weites Feld auf, wie die Kosten der Energiewende auf den Mittelstand überwälzt werden sollen. Das ist weder gerecht noch wendet es den Klimawandel ab. Dafür ist der kommunale Beitrag zu gering. Solange der weltweit agierende Kapitalismus sich netto einen Dreck um seine externalisierten Kosten der globalen Zerstörung unserer Lebensgrundlagen schert, solange wird uns auch ein durchökologisiertes Zürich nicht retten.

**Andreas Kirstein,
AL-Fraktionspräsident im GR**

Unruhe bewahren

26. Juni: Gemeinderat überweist – gegen Antrag des Stadtrats – von AL initiierte Motion für Gestaltungsplanpflicht auf dem Brunaupark-Areal.

26. Juni: AL-Fraktion reicht Motion für flächendeckenden Dolmetscherdienst in städtischen Gesundheitsinstitutionen ein.

3. Juli: AL scheidet mit Antrag, den unausgegorenen Gestaltungsplan Thurgauerstrasse zur Nachbesserung an den Stadtrat zurückzuweisen. Dank Gegenmanöver von SP und FDP geht die Vorlage an die Kommission zurück.

10. Juli: AL-Gemeinderät*innen Ezgi Akyol und David Garcia Nuñez fordern in Postulat die Benennung des Parks zwischen Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg. Gemeinderats-Büro weist Postulat zur Korrektur zurück – mit Verweis auf unzulässigen Gender_Gap.

16. August: AL erreicht zweites Spendenziel von 50'000 Franken für NR-Wahlen, Plakataushang ist gesichert.

18. August: Auftakt zur Nationalratskampagne: Apéro riche und Vernissage der AL-Plakate im Art Dock.

19. August: Kantonsrat überweist Postulat von AL-Kantonsrat Manuel Sahli für Autostopp-Haltestellen an Kantonsstrassen, um Randregionen so besser zu erschliessen.

21. August: Gemeinderat überweist Postulat von AL-Fraktionspräsident Andreas Kirstein und Jean-Daniel Strub (SP) zur Übernahme des «Tagblatt der Stadt Zürich» durch Christoph Blocher: Tagblatt soll künftig «politisch, weltanschaulich und religiös neutral» berichten und «auf eine sachliche und ausgewogene Berichterstattung» achten.

24. August: Protest-Bsüechli von AL-Aktivist*innen bei den Hauptprofiteuren der Steuervorlage 17: Credit Suisse, UBS, Swiss Re und Google. Leider wird die Vorlage am 1. September mit 56% Ja-Stimmen angenommen.

24. August: AL-Bar am Röntgenplatzfest. Walter Angst auf Podium zur Gentrifizierung im Kreis 5.

Finanzen

Damit wir Unruhe bewahren können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich,

PC 87– 63 811– 5

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Benachteiligt



Dass immer mehr Kinder ohne genügende Deutschkenntnisse in den Kindergarten kommen, hat mit fehlenden, bezahlbaren Betreuungsmöglichkeiten zu tun. Viele Working Poor, oft Fremdsprachige, sind auf zwei Löhne angewiesen, um ihre Familie durchzubringen. Da unentgeltlich-staatliche Betreuung jedoch erst ab dem Kindergarteneintritt angeboten wird, müssen Familien davor auf private Angebote ausweichen. Pädagogisch wertvolle Betreuung ist aber teuer. Den Doppelverdiener*innen im Billiglohnsektor bleibt also nichts anderes übrig, als ihre Kinder einer Tagesmutter zu übergeben, die ihrerseits häufig kein Deutsch spricht und wenig gebildet ist.

Mehrsprachigkeit gilt heute als Plus, da sie vernetztes Denken und Empathiefähigkeit fördert. Für diejenigen, die zuhause kein Deutsch sprechen, kommt die spezielle Situation der Diglossie dazu: Sie müssen sowohl Schweizerdeutsch als auch Hochdeutsch lernen. Noch schwieriger ist es für die Kinder Geflüchteter, die in Notunterkünften oder dezentralen Asylslagern aufwachsen und dort keinerlei Förderung erfahren. Im Kindergarten prallen diese unterschiedlichen Welten schliesslich aufeinander. Diese plakativen Aussagen zeigen die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder zum Schulstart auf. Dazu kommt, dass heute – völlig zu Recht – Inklusion gefördert wird, dies allerdings, ohne die dafür notwendigen Voraussetzungen für die Lehrpersonen zu schaffen. Die aktuell durchschnittlichen Klassengrößen verunmöglichen es, allen Bedürfnissen gerecht zu werden, solange nicht mehr Heilpädagog*innen eingestellt werden. So wird zu Beginn der Schulzeit viel verpasst. Das ist jammerschade, denn das optimale Zeitfenster für einen spielend leichten Spracherwerb reicht bis zum Alter von etwa fünf Jahren.

Es barucht dringend ein flächendeckendes Angebot von Ganztages-schulen und staatlich getragenen Kitas. So können alle Kinder gleicher-massen von professioneller Förderung und der interkulturellen Gemeinschaft profitieren. Nur so kann eine relative Chancengleichheit erreicht werden.

Maja Hadian

Wahlthemen

Womit wollen wir im Nationalratswahlkampf präsent sein? Im Frühling haben wir in einem Workshop die wichtigsten Themen der AL diskutiert. Und ein Konzept definiert: Reformforderungen für heute, Ideen und Utopien für morgen, die heute – noch – radikal wirken.

Das zieht sich auch als roter Faden durch unseren Wahlflyer: **Heute** fordern wir das Stimm- und Wahlrecht für alle, **morgen** eine Welt ohne Grenzen. Eine AL-VV im April hat die Kernthemen bestimmt: Gleichstellung, Klima, Steuern, Gesundheit, Grundrechte und Wohnen. Steuern, Wohnen, Grundrechte und Gesundheit sind Bereiche, in denen die AL einen Leistungsausweis hat, bei Gleichstellung und Klima sind neue klare Positionsbezüge gefordert.

Gleichstellung und Klima als Must
Seit gut einem Jahr gibt es die AL-Frauen*. Sie haben die Gleichstellungsfrage in die Partei hineingetragen und waren auch am Frauenstreik aktiv präsent. An der Sitzung vor den Sommerferien hat sich gezeigt, dass einzelne Forderungen, die Spannungsfelder erzeugen, noch vertieft diskutiert werden müssen.

Kontroversen zu Grundeinkommen...
Beim Grundeinkommen sind die einen überzeugt, dass nur ein radikaler Systemwechsel unsere Strukturen nachhaltig verändern kann. Aus feministischer Perspektive kommt der berechtigte Einwand, dass bestehende, traditionelle Strukturen zementiert werden, da kein Anreiz für Männer besteht, zuhause zu bleiben. Und aus gewerkschaftlich-sozialer Sicht stellt

sich die Frage: Wie kann ein Abbau des Sozialstaates verhindert werden? Angesichts der divergierenden Meinungen ist klar, dass das Grundeinkommen keine Wahlkampf-Forderung sein kann, die AL soll die Diskussion jedoch weiter führen.

...und Elternzeit

Zur Forderung nach einer obligatorischen Elternzeit für beide Elternteile herrscht weitgehend Konsens, dass die bestehenden patriarchalen Strukturen nur dann aufgebrochen werden können, wenn auch die Männer im Falle von Vaterschaft einen wesentlichen Teil zuhause bleiben. Sie werden so in ihrer Rolle als Vater und Hausmann sozialisiert und gegenüber dem Arbeitgeber ist nicht mehr nur die Frau mit dem Ausfall- «Risiko» einer Mutterschaft behaftet. Die Diskussion über die Dauer geht von je drei Monaten bis zu je 6 Monaten. Hier gewichten einige das vorschulische Betreuungsangebot höher und plädieren dafür, die Eltern rasch wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern.

Klimawandel und soziale Frage
Bei der Diskussion um die erforderlichen Massnahmen, um den Klimawandel aufzuhalten, geht es immer um einen Verteilungskampf um Ressourcen – auf nationaler wie auf internationaler Ebene. «Klimagerechtigkeit» bedeutet, dass bei jeder Regulierung und jeder Lenkungs-massnahme stets der soziale Aspekt zentral beachtet werden muss. Hier wie bei den anderen Themen besteht noch grosser Diskussionsbedarf.

Dayana Mordasini



Denker*innen der AL beim Ausarbeiten der Themen für den Nationalratswahlkampf 2019.